

Pressemitteilung: Freie Schulen fordern angemessene Finanzierung: Neue Analyse zeigt dramatische Unterdeckung der Schülerkosten

Hannover, 06. Oktober 2025 – Die *Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen Niedersachsen e. V. (AGFS)* und der *Verband Deutscher Privatschulen Niedersachsen-Bremen e. V. (VDP)* veröffentlichen heute gemeinsam auf ihren Webseiten (<https://www.freie-schulen.de>, <https://www.private-schulen.de>, <https://alle-guten-dinge-sind-frei.de>) die Ergebnisse einer fundierten **statistischen Analyse der öffentlichen Schülerkosten in Niedersachsen** für die Jahre **2017 bis 2022**. Die Studie wurde in Absprache im *Bündnis Freie Schulen Niedersachsen* beim **Kompetenzzentrum für öffentliche Wirtschaft – Infrastruktur und Daseinsvorsorge e. V.** in Auftrag gegeben.

Die zentrale Erkenntnis: **Die Schulen in freier Trägerschaft erhalten als Finanzhilfe lediglich 50 – 60% der Schülerkosten, die Land und kommunale Schulträger für die Schülerinnen und Schüler an den von ihnen unterhaltenen öffentlichen Schulen ausgeben.** Damit bestätigt die Analyse eindrücklich die langjährige Forderung nach einer **auskömmlichen und verfassungsgemäßen Finanzierung** freier Schulen.

Deutlicher Rückstand zur öffentlichen Schülerkostenentwicklung

Die Untersuchung zeigt, dass die Finanzhilfe in den Jahren **2017 bis 2022 kontinuierlich hinter der Kostenentwicklung an staatlichen Schulen zurückgeblieben** ist. Der im Vergleich stärkere Anstieg der Schülerkosten im staatlichen Bereich führte zu einem sinkenden Deckungsgrad für freie Schulen.

Politisches Signal: Schulgesetz-Novelle reicht nicht aus

Die Landesregierung hat im Rahmen der **Schulgesetznovelle 2025** die Bedeutung einer Neubewertung der Finanzhilfe anerkannt und entsprechende Prüfmechanismen gesetzlich verankert. Die von AGFS und VDP beauftragte Analyse liefert hierfür nun ein belastbares Modell zur **Bestimmung der staatlichen Schülerkosten** – eine geeignete Grundlage für zukünftige Berechnungen und politische Entscheidungen.

Klare Forderung: Strukturelle Unterfinanzierung beenden

Die freien Schulträger betonen: Das derzeitige Finanzhilfeniveau genügt nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen. Das vorliegende Schulgesetz mit seiner neuen Finanzhilferegulierung verbessert die Transparenz, führt aber nicht zur notwendigen Erhöhung der Finanzhilfe für Schulen in freier Trägerschaft, ist aber ein erster wichtiger Schritt. Auf der Grundlage der vorliegenden Analyse müssen nunmehr weitere Schritte folgen, um die Finanzhilfe wieder angemessen und damit „verfassungsgemäß“ auszugestalten. Eine faktische Finanzhilfe von 50-65% erfüllt die Voraussetzungen nicht.

Das Bündnis Freie Schulen Niedersachsen fordert daher die Landesregierung und den Landtag auf, zeitnah die strukturelle Unterfinanzierung freier Schulen zu beenden und eine verfassungsgemäße Ausgestaltung der Finanzhilfe sicherzustellen.